

Agenda

Verkaufe Bildung, biete Dummheit

Von Regula Stämpfli



«Weshalb schreibst du ein Drehbuch über dieses Arschloch, das anderen ihre Ideen geklaut und von Billigarbeitern in China profitiert hat?» Aaron Sorkin blieb jedoch dabei, schrieb «Steve Jobs» und zeigte: Eine grosse Karriere ist, wenn man nichts kann. Steve Jobs war weder

Ingenieur, Designer – noch schloss er jemals ein «anständiges» Studium ab. Weit entfernt davon, den soziopathischen Despoten als Rollenmodell für künftige Generationen zu propagieren, erinnerte ich mich bei den Verlautbarungen rund um die Hearings zum unsäglichen Lehrplan 21 wieder an Sorkin und Steve Jobs.

Die Offenheit der 1980er- und 1990er-Jahre, damals als der Kapitalismus noch nicht totalitär alle Lebens- und Bildungsbereiche umfasste, durfte das Genie Jobs an seiner Uni rumlungern und Kalligrafie statt Betriebswirtschaft studieren. Jobs wurde während seiner High School auch nicht auf «Benehmen» geprüft, wie im schweizerischen Lehrplan vorgesehen.

Die Notenbanker des Hirns – unglaublicherweise auch unter sozialdemokratischer Führung – wollen künftig junge Menschenleben vermessen, wägen, aussortieren (!), als Waren so normieren, damit sie dem «Bildungswettbewerb» entsprechen. Allein den Lehrplan 21 lesen schreit nach Notfalldrogen. Die Lehrer sollen künftig beurteilen, wie «Gefühle situationsbedingt ausgedrückt und wahrgenommen werden» oder ob die Schüler den Richtlinien gemäss «Konflikte benennen» können.

War bei Steve Jobs die Voraussetzung von lesen, schreiben (mit Legasthenie) und rechnen die beste Grundlage, sein – zugegebenermassen schwieriges, aber doch zukunftsweisendes – Genie zu entwickeln, sollen in der Schweiz mit dem Lehrplan 21 Gesinnungssoldaten für kostensparende Untertanenideologie aufgezogen werden. Was ist eigentlich los mit den Bildungspolitikern in diesem Land? Könnte es sein, dass ausgerechnet die verdrecktesten Streber, die, die einem schon damals nie richtig in die Augen schauen konnten, nun am Drücker sind und sich an allen künftigen Generationen für ihre eigene verdammte und unerträgliche Mittelmässigkeit rächen?

«Professionalisierung durch schulinterne Qualitätsentwicklung» nennt sich das bildungspolitische Börsensprech. «Mit der Kompetenzorientierung und dem zunehmenden Bildungswettbewerb steigen die fachlichen Ansprüche an pädagogisch, aber auch juristisch valide Beurteilung, unter anderem weil die zu erreichenden Kompetenzen beschrieben sind und vermehrt auch von Eltern und deren Anwälten überprüft werden können.»

Wörter richten Unheil an, das wissen wir spätestens seit den Nazis und den Sowjets. Der Lehrplan 21 ist das sinnentleerte Endprodukt börsenvergifteter Herrschaftsformen. Und wie bei jeder neuen Machtergreifung sollen einmal mehr Lehrer und Beamte die Speerspitze obrigkeitshöriger Kompatibilität vormachen. Glücklicherweise können wir nun – nicht zuletzt dank neuer Technologien – diese Gestalten des Unglücks noch bremsen.

Ein erster Schritt besteht darin, diese bildungspolitische Aktientamentalität so zu dekonstruieren, dass sie im laufenden 21. Jahrhundert nur noch als hässliches Souvenir einer absterbenden Ideologie im Museum aufbewahrt wird. Ja klar: Die Vitrine wird ein Papierkorb sein.

Apple vs. FBI: Das doppelte Spiel des Staates

Was darf ein Handy verraten?

Von Pierre Heumann

Klar: Jeder Mensch hat das Recht, vor staatlichen Schnüffeleien sicher zu sein. Der Schutz der Privatsphäre gilt ebenfalls bei den neuen Geheimnisträgern, den Smartphones. Deren Inhalte sollen wie Briefe verschlossen bleiben, bis der rechtmässige Empfänger die Nachricht entgegennimmt. Das Briefgeheimnis gilt auch fürs Handy. Haben aber auch Mörder und Terroristen Anspruch auf Privatsphäre?

Diese Fragen steht im Zentrum eines Streits zwischen zwei Giganten, der US-Regierung und Apple. Per Gerichtsentscheid verlangt das FBI, dem iPhone eines toten Terroristen alle Geheimnisse zu entlocken. Konkret geht es um das Gerät des Attentäters von San Bernardino, Sayed Farook. Er hat, zusammen mit seiner Ehefrau Tasfeen Malik, im Dezember 14 Menschen ermordet. Beide Attentäter wurden in der Folge bei einem Schusswechsel mit der Polizei getötet.

Um allfälligen Komplizen der beiden Terroristen auf die Spur zu kommen, verlangt die amerikanische Bundespolizei Zugang zu den Daten, die auf Farooks Handy gespeichert sind. Anhand dieser Daten könnte sie ausleuchten, ob und mit wem der Terrorist in den letzten Minuten seines Lebens kommuniziert hat.

Doch das iPhone des Mehrfachmörders ist verschlüsselt. Weil es stumm bleibt, weiss niemand, welche Informationen in den letzten Minuten über Farooks Account liefen. Deshalb soll Apple der Polizei die Software liefern, mit der der Inhalt des Gerätes geknackt werden kann. Apple-Chef Tim Cook weigert sich aber, die entsprechende Software zu liefern. Sobald er nachgebe, argumentiert er, würde das den weiteren Ausbau des Überwachungsstaates begünstigen.

Am Ende wird Cook wohl dem Staat helfen müssen, das Handy des Terroristen zu knacken. Das ist nichts als seine Pflicht, um die Hintergründe des brutalen Attentats von San Bernardino aufzuklären. Denn das Recht auf den Schutz der Privatsphäre hört dort auf, wo es um kriminelle oder terroristische Taten geht – selbst wenn sie bloss vermutet werden. Cooks Kampf gegen das

FBI ist dennoch richtig. Er erhöht damit die Hürde, die der Staat nehmen muss, um Technologiefirmen wie Apple zu einer Lockerung des Briefgeheimnisses zu zwingen. Denn im Konflikt zwischen Schutz der Privatsphäre und Sicherheit spielt der Staat ein doppeltes Spiel.

Einerseits fordert die Justiz nämlich möglichst weit gehenden Zugang zu verschlüsselten Informationen, zum Beispiel um Verbrechen aufzuklären. Andererseits treiben andere Ämter mit öffentlichen Geldern die Entwicklung von Verschlüsselungstechnologien voran, die garantieren sollen, dass sich Informationen nicht knacken lassen. Sicherheitsspezialist Damian Paletta schreibt im *Wall Street Journal*, dass «mindestens fünf staatliche Stellen ähnliche Verschlüsselungstools (wie Apple) entwickeln». Diese sollen etwa dem US-Militär oder Pro-Demokratie-Aktivisten im Ausland helfen, von Diktatoren nicht erkannt zu werden.

Apple erhöht die Hürde, die der Staat nehmen muss, um Technologiefirmen zu einer Lockerung des Briefgeheimnisses zu zwingen.

Im Streit «Apple gegen FBI» stossen unvereinbare Argumente aufeinander. Ein hoher Polizeioffizier aus New York meint in der *New York Times* zum Beispiel: Weshalb soll das Handy eines toten Terroristen, das der Staat besitzt, nicht geknackt werden dürfen? Sobald Chats auf Terroristen-Handys nicht mehr geschützt sind und mit der Ermächtigung des Staates geöffnet werden dürfen, hätten Terroristen einen Teil ihrer Ziele erreicht: Das Leben in westlichen Zivilisationen zu verändern, mahnt etwa Ted Olson, einer der prominentesten Anwälte in den USA. Dass er jetzt von Apple für den Kampf gegen das FBI angeheuert wurde, zeigt, wie hoch Apple pokern will, um die Geheimnisse seiner Kunden zu schützen. Böse Zungen behaupten allerdings, dass Apple-Chef Cook mehr ans Image seiner Firma denke als an die Freiheiten der Bürger.

Hick-up

Statt Blutsaugerinnen nur Nektar liebende Männer

Von Martin Hicklin

Diesmal hat die Weltgesundheitsorganisation nichts anbrennen lassen. Nach ihrer miserablen Rolle in der Ebola-Krise wollte sie beim Zika-Virus gleich von Anfang an Nägel mit Köpfen machen. Zwar ist noch nicht belegt, dass das in Lateinamerika eingeschleppte Virus Schädelbildungen bei Ungeborenen bewirkt, aber das 1947 erstmals beschriebene und meist harmlos bleibende Virus wird an immer neuen Orten gefunden. Das mag auch ein «Wer sucht, der findet»-Effekt sein, doch die Maxime ist diesmal – wieder wie bei der Vogelgrippe –, besser zu viel als zu wenig tun.

Die einzigen greifbaren wirksamen Massnahmen zielen auf die Tigermücke selbst, die Zika-, Dengue- und Gelbfiebertviren verbreitet. Ihre Brutplätze sollen etwa in Brasilien von Volk und Armee eliminiert werden. Versuche, mit sterilen Männchen die Vermehrung der Mücken zu stoppen, zeigen hie und da Erfolg, sind aber aufwendig und müssen laufend wiederholt werden.

Da taucht aus dem Nebel der Verzweiflung scheinbar ein Königsweg auf: Mit der erst 2012 beschriebenen sogenannten CRISPR/Cas9-Methode, die derzeit die genetische Forschung zu revolutionieren im Begriff ist und die gerade heftige Patentstreitigkeiten toben, könnte die

Ägyptische Gelbfiebertmücke (*Aedes aegypti*) genetisch so verändert werden, dass sie sich selbst ausrottet. Mit dem in der Natur entdeckten, eigentlich als Abwehr funktionierenden Mechanismus kann man relativ einfach eine Schere sehr genau an eine bestimmte Adresse in den Genen schicken und etwas kaputt schneiden oder aber durch neue Information ersetzen lassen. Das Ziel kann sehr genau anvisiert werden. Wenn man den genetischen Text an der Stelle kennt, findet die CRISPR-Drohne ihn überall. Ein fantastisches Werkzeug, das die Forschung beflügelt. Für die Mücken ist es allerdings – so die Voraussage – ziemlich tödlich.

Letzte Woche haben die Entomologen Zachary N. Adelman und Zhijian Tu vom Fralin Life Science Institute des Virginia Tech ausführlich dargelegt, wie man bei Mücken durch solche Eingriffe dafür sorgen könnte, dass die Nachkommen sich vornehmlich zu Männchen entwickeln. Die nämlich zeichnen sich dadurch aus, dass sie anders als die blutdurstigen Weibchen nur süssen Nektar saugen und darum für uns Menschen harmlos sind.

Erst kürzlich hat man bei der Ägyptischen Tigermücke einen genetischen Männlichkeits- oder M-Faktor entdeckt und ihn etwas herabmindernd mit «Nix» bezeichnet. (Ein anderer, als M-Faktor in Malaria-Mücken vermuteter Kandidat heisst wenigstens Guy1.) Wie in *Trends in Parasi-*

Randnotiz

Von Amerika lernen

Von Erik Ebnetter

Goethe wusste es schon vor zweihundert Jahren: «Amerika, du hast es besser», dichtete er in den «Zahmen Xenien». Denn: «Dich stört nicht im Innern / Zu lebendiger Zeit / Unnützes Erinnern / Und vergeblicher Streit.» Was des Dichterfürsten blühende Fantasie selbst in dystopischer Absicht nicht hätte errahnen können, sind die Verbrechen der Nazis, die Europa ein Jahrhundert später überziehen sollten. Dass Erinnern unnütz sei, behauptet nach Auschwitz denn auch niemand mehr ernstlich. Und doch hat Goethe recht: Wir sollten nach Amerika blicken, nicht nach Europa – und vor allem nicht nach Deutschland.

Deutschland ist noch über siebzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg kein normales Land. Starker als irgendwo sonst wird hier jede politische Frage mit historischen Erfahrungen verwoben. Alles und jeder muss sich am Nationalsozialismus messen lassen. Da Deutschschweizer Politiker und Journalisten deutsche Zeitungen lesen und deutsches Fernsehen schauen, haben sie diesen Nazi-Diskurs längst importiert, obwohl sich gerade ihr Land dafür nicht anbietet. Wenn linke und rechte Historiker in einem Punkt einig sind, dann darin: dass wenig Länder weniger Erfahrungen mit politischen Extremen gemacht haben als die Schweiz.

Aktuell sind es die Gegner der «Durchsetzungs-Initiative», die einen «Nazi-Moment» (*Tages-Anzeiger*) heraufbeschwören; aber auch Christoph Blocher sagte schon: «In der Nazi-Zeit hatten wir einen äusseren Feind, jetzt haben wir einen inneren.» Wer den Gegner als Nationalsozialisten diffamiert, will vor allem eines: nicht mit ihm reden müssen. Denn mit einem Adolf Hitler lässt sich nicht reden oder verhandeln, das lehrt die Geschichte tatsächlich.

Wir sollten tatsachen Blick weiten, nach Amerika schauen, nicht immer nur nach Deutschland. Vor einigen Tagen ist Antonin Scalia verstorben, Richter am obersten Gericht der USA. Er war der rechte Pol, wo Ruth Bader Ginsburg den linken markierte. Die beiden trennten Welten – und doch verabschiedete Bader Ginsburg ihren verstorbenen Kollegen mit warmen Worten. Nie wäre ihr in den Sinn gekommen, ihn als Nazi zu beschimpfen.

Wer sich von Deutschland dennoch nicht trennen mag, soll sich wenigstens an Goethe halten, nicht an Hitler.

Basler Zeitung

National Zeitung und Basler Nachrichten AG
Gegründet 1842 (NZ) und 1844 (BN)

Verwaltungsratspräsident und Delegierter.
Rolf Bollmann

Verleger und Chefredaktor. Markus Somm (ms0)
Stv. Chefredaktor. David Thommen (-en)

Chefredaktion. Michael Bahnerth (mib), Textchef – Roland Harisberger (rh), Chef vom Dienst – Laila Abdel'Al, Assistentin

Politik. Martin Furrer (mfu), Leitung – Viviane Joyce Laissue (vj), stv. Leitung – Erik Ebnetter (ebn) – Michael Hug (Autor, hu) – Hansjörg Müller (hjm) – Alessandra Paone (ale) – Samuel Tanner (sta)

Bundeshaus. Dominik Feusi (fi), Leitung – Daniel Ballmer (dab), Beni Gafner (bg) – Christian Keller (ck)

Basel-Stadt. Nina Jecker (nj), Leitung – Dominik Heltz (hei), stv. Leitung – Aaron Agnolazza (aag) – Denise Dollinger (dd) – Mischa Hauswirth (hws) – Jonas Hoskyn (hys) – Franziska Laur (fl) – Martin Regenass (mar)

Baselland. Daniel Wahl (wah), Leitung – Boris Gygay (bgy) – Joel Hoffmann (jho) – Alexander Müller (amu) – Dina Sambar (dis)

Thomas Dähler (td) – Thomas Gubler (Gu), Liestal

Wirtschaft. Ruedi Mäder (rm), Leitung – Patrick Griesser (pg), stv. Leitung – Christoph Hirter (hic) – Kurt Tschan (kt) – Daniel Zulauf (dz) (Zürich)

Sport. Marcel Rohr (mr), Leitung – Andreas W. Schmid (aws), stv. Leitung – Andreas Eugster (ae) – Oliver Gut (olg) – Fabian Kern (ker) – Tilman Pauls (tip) – Dominic Willimann (dw)

Kultur. Raphael Suter (ras), Leitung – Sigfried Schibli (bll), stv. Leitung – Christoph Heim (hm), Nick Joyce (nj) – Stephan Reuter (sr) – Christine Richard (chr) – Jochen Schmid (js) – Stefan Strittmatter (mat) – Markus Wüest (mw)

Auslandskorrespondenten. Roman Arens (RA), Rom – Rudolf Balmer (RB), Paris – Sebastian Borger (bor), London – Wolfgang Drechsler (wdk), Kapstadt – Paul Flückiger (flü), Warschau – Willi Gemund (wig), Bangkok – Frank Herrmann (fhw), Washington – Pierre Heumann (neu), Naher Osten – Felix Lee (flp), Peking – Benedict Neff (ben), Berlin – Thomas Rosar (tro), Belgrad – Stefan Scholl (sch), Moskau – Reiner Wandler (rwa), Madrid

Meinungen und Profile. Graziella Kuhn (gku)

Kolumnisten. Claude Cueni – Thomas Cueni – David Dürr – Felix Erbacher (FE) – Allan Guggenbühl – Markus Häring – Hans-Peter Hammel (-minu) – Martin Hicklin (hckl) – Walter Hollstein – Helmut Hubacher – Markus Meizl – Manfred Messmer – Linus Reichlin – Hansjörg Schneider – Eugen Sorg – Regula Stämpfli – Roland Stark – Tamara Wernli

Spezialseiten. Bildung, Gesundheit heute: Denise Dollinger (dd)

Essen&Trinken: Roland Harisberger (rh) Mobil: Benno Brunner (bb) Reisen: Sarah Ganzmann (sag)

Beilagen/Projekte. Roland Harisberger (rh) – Benno Brunner (bb)

Produktion. Benno Brunner (bb), Stv. Chef vom Dienst – Claudia Biangetti (cbi) – Peter de Marchi (pdm) – Sarah Ganzmann (sag) – Christian Horisberger (ch) – Lukas Lampart (lam) – Eva Neugebauer (ene) – Stephan Reuter (sr) – Stefan Strittmatter (mat) – Markus Vogt (mv)

Gestaltung Nino Angiuli (Art Director), Bettina Lea Toffol (stv. Leitung) – Jean-Claude Basler – Paul Graf – Monika Müller – Daniel Schaufelberger – Paul Schwörer

Bildredaktion. Melody Gygay, Leitung – Fotografen: Pino Covino – Lucian Hunziker – Kostas Maros – Dominik Plüss – Nicole Pont

Korrekturat. Lesley Paganetti (Teamleitung) – Rosmarie Ujak (Teamleitung) – Katharina Dillier Muzzulini – Andreas Herzog – Markus Riedel – Dominique Thommen

Sachbearbeitung. Milena De Matteis – Michèle Gartenmann – Marcel Münch – Anny Panizzi

Dokumentation/Archiv. Marcel Münch doku@baz.ch

Redaktion. Aeschensplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Telefon 061 639 11 11, Fax 061 631 15 82, redaktion@baz.ch / vorname.name@baz.ch

Büro Liestal. Basler Zeitung, Grammetstrasse 14, 4410 Liestal Redaktion Tel. 061 927 13 33, Fax 061 921 28 48

Büro Laufenal/Schwarzbubenland. Basler Zeitung, Postfach, 4245 Kleinlützel Tel. 061 639 11 11

Verlag. Aeschensplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 11 11, verlag@baz.ch

Abonnements-, Zustell- und Reklamationsdienst. Montag bis Freitag von 6.30–18 Uhr, Samstag von 7.30–12 Uhr, Sonntag von 8–11 Uhr, Tel. 061 639 13 13, Fax 061 639 12 82, abo@baz.ch, www.baz.ch/abo

Abonnementspreise. Basler Zeitung (mit Sonntagszeitung, inkl. 2.5% MWST): 6 Monate Fr. 265.–, 12 Monate Fr. 504.– Gültig ab 1. März 2016 (Ausland auf Anfrage)

Leiterin Lesermarkt/Vertrieb. Martina Barth

Leiter Werbemarkt. Beat Leuenberger

Leiter Grafik und Druckvorstufe. Reto Kyburz

Inserate. Basler Zeitung Medien, Aeschensplatz 7, Postfach, 4002 Basel Tel. 061 639 10 50, Fax 061 639 10 20 inserate@baz.ch, www.bzm.ch

Schalter für Inserate. Montag–Freitag von 8.00–12.00, 13.00–17.00 Uhr Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19 schalter@baz.ch

Annoncenpreis. Basler Zeitung, s/w oder farbig Fr. 4.25, (mm-Basispreis, zzgl. MwSt.) Ein Mitglied des metropool

Todesanzeigen. todesanzeigen@baz.ch, Tel. 061 639 12 18, nach Büroschluss Tel. 061 639 13 02 Fax 061 639 12 19

Geschützte Marken. Nordwestschweizer ZEITUNG Basler Woche Baslerfab

Druck. DZZ Druckzentrum Zürich AG Bubenbergstrasse 1, 8021 Zürich

Basler Zeitung Medien. Bekanntgabe namhafter Beteiligungen: Neue Fricktaler Zeitung AG